

Schönburger Tageblatt

Waldenburger Anzeiger

Erscheint wochentl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 G. Pfg. freibl. außschl. Trägerl. Einzelne Nr. 10 Goldpf., Sonntags-Nr. 20 Goldpf. Anzeigenpreise: 6 Geisp. Petitzeile 0,15 Goldmart, v. außerhalb des Bezirkes 0,20 Goldmart, 3 Geisp. Reklamezeile 0,45 Goldmart, Hinweise auf Anzeigen und Eingeladene 0,10 Goldmart, Nachweise- und Offertengebühr 0,20 Goldmart, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Begründet 1878. Verlagsort Nr. 9. Postfach Nr. 8. Postkontonummer Waldenburg Nr. 4436. Postkonto: Reichsbank zu Waldenburg. Stabskontonummer Waldenburg 16. Kaballe gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwangsweiser Eintreibung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachschuß hinfällig.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Bereins (G. V.) — Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1,3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Eiche; in Wolkensburg bei Herrn Vinus Friedemann; in Penig bei Firma Witzels Dabier; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Richter.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Aussperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder unser Verleger hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Ersatz der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Nichtzahlung der durch den Verleger aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Zugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederbain, Langenleuba-Oberbain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Rempe, Schlaawitz, Schwaben, Wolkensburg und Ziegelheim.

Nr. 10

Dienstag, den 13 Januar 1925

47. Jahrgang.

Luthers Mission zur Kabinettsbildung gescheitert.

Amtlicher Teil.

Wegen Brandgefahr wird das Löfchen von Kalk innerhalb von nicht massiven Gebäuden und Bauteilen oder in ungenügender Entfernung von diesen gemäß § 368,8 des Reichsstrafgesetzbuches zu Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 60 Mt. oder von Haft bis zu 14 Tagen verboten.

Waldenburg, den 8. Januar 1925.

Der Stadtrat.

In der **Wirt-, Holz- und Gewerbechule zu Waldenburg** beginnt ab 19. Januar d. J. ein neuer Kursus im **Glanzplätten.**

Anmeldungen nimmt entgegen die Schulleitung. A. Zille, Direktor.

Im Reichstag wurde die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beschlossen.

Zu der Bildung einer neuen Reichsregierung ist noch keine Entscheidung getroffen.

Die deutsche Regierung lehnt ein Handelsprovisorium mit Frankreich ab.

Dr. Farres hat sich vom Reichsrat verabschiedet.

Das Zentrum lehnt eine Teilnahme an einem Kabinetts-Luthers ab.

Die Rheinländer haben beim Reichskanzler Max Epprecht gegen die Nichterhebung der Röhler Zone erhoben.

Herriot ist vollständig wieder hergestellt und wird am Dienstag einem Ministerrat beiwohnen.

Auf der Pariser Finanzkonferenz sind Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht. Schließlich kam es aber zu einer Einigung.

Französische Kriegsgerichte haben wieder mehrere Schandurteile gefällt.

Der amerikanische Staatssekretär Hughes tritt am 4. März zurück.

Waldenburg, 12. Januar 1925.

Es ist sehr notwendig, daß die unabhängige Stadt Danzig auf die Entfernung der polnischen Briefkästen aus den Straßen ihrer Stadt dringt und allen ähnlichen Uebergriffen, die in Zukunft folgen sollten, mit Energie entgegentritt, denn mit den Briefkästen beginnt der weiße polnische Adler sein Herrschaftszeichen in Danzig zu zeigen, und, wenn hier kein Einhalt geboten würde, so wäre die Erreichung seines Endziels abzusehen, daß er sich über dem Portal des Rathhauses breit machte. In Warschau ist es schon mehr als einmal ausgesprochen worden, daß Polen etwas fehlt, solange Danzig nicht polnisch ist.

Danzig ist eine echt deutsche Stadt. Davon hat sich auch die Entente überzeugen müssen, die Danzig gern den Polen zugeschanzt hätte, wenn sich ein halbwegs triftiger Grund dafür hätte finden lassen. Weil man aber 1919 in Paris Danzig dem Deutschen Reich nicht gönnte, machte man es zur freien und unabhängigen Stadt, und diese politische Stellung wurde durch einige Jugenkündnisse an Polen nicht beeinträchtigt. Es hat also für die Warschauer Regierung kein Recht bestanden, außerhalb ihres Postgrundstückes in Danzig eigene Briefkästen in den Straßen der Stadt anzubringen.

Als vor über 400 Jahren der Niedergang des Deutschen Ritterordens eintrat, stellten sich die deutschen Weichselstädte von Thorn bis Danzig freiwillig unter den Schutz der Krone Polen, die ihnen dafür feierlich die Achtung aller ihrer Gerechtfame und Privilegien zusicherte. Gehalten wurde dieses Versprechen nicht, sondern man versuchte, die Deutschen zu polnischen Untertanen herabzudrücken. Keine Gewalt wurde gescheut. Wie es dabei zuging, kann man aus dem Thorer Blutgericht von 1719 ersehen. Aus einem unbedeutenden Anlaß kam es zu einem Kravall, an dem meist junge Leute beteiligt waren, der aber zu einem schweren Aufruhr gestempelt wurde, damit man einen Vorwand hatte, um allen städtischen Freiheiten ein Ende zu bereiten. Dazu wurde eine große Anzahl von Ratsmitgliedern und angesehenen Bürgern hingerichtet. Derartige Gewalttaten sind heute ja wohl nicht mehr möglich, aber die Erinnerung an diese und ähnliche Ereignisse zeigt, wozu die Polen fähig sind. Sie träumen von einer künftigen Großmacht, deren Grenzen auf Kosten von Deutschland und Rußland bedeutend zu erweitern seien und die, wie im alten polnischen Reich zur Zeit seiner größten Ausdehnung, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere reichen müßten. Der schon in der Ausführung begriffene Plan zum Bau einer polnischen Flotte zeigt, wohin die Reise gehen soll. Die Franzosen wollen dabei hilfreiche Hand leisten, denn die Anlage eines Unterseeboothafens für Frankreichs Flotte bei Danzig ist doch ganz gewiß kein Kinderspiel, das nichts auf sich hat.

Die Behandlung der Deutschen im polnischen Staatsgebiet läßt längst viel zu wünschen übrig und wächst sich stellenweise zur vollständigen Rücksichtslosigkeit aus. Auch wegen anderer Vorkommnisse haben von der Reichsregierung in Warschau Vorstellungen erhoben werden müssen, die auf polnischer Seite nicht immer der wünschenswerten Einsicht begegnet sind. Es gehört schon die deutsche Friedfertigkeit und Langmut dazu, mit den Polen nicht in Streit zu geraten, die sich mit den Russen belämmlich noch schlechter stehen, als mit uns. Daß Polen von Frankreich als Sturmböck gegen Deutschland auserselbst ist, wenn einmal die rechte Zeit dafür gekommen sein wird, ist ja aller Welt hinreichend bekannt.

Die Danziger Briefkastenangelegenheit wird den an der deutschen Ostgrenze glimmenden Funken nicht zum hellen Brand entfachen, aber sie gibt allen Anlaß gegenüber den Warschauer Chauvinisten auf dem Boden des entschiedensten Rechtsstandpunktes zu beharren.

Großreinemachen.

Parlamentarische Untersuchungsausschüsse.

Der Barmat-Skandal hat nunmehr auf das parlamentarische Gebiet übergegriffen und wird den Reichstag sowie voraussichtlich auch den Landtag noch für längere Zeit beschäftigen. Der Reichstag hat am Schluß seiner Freitagsitzung einstimmig einen deutsch-nationalen Antrag angenommen, einen Ausschuß zur Untersuchung der gegen Parlamentarier in der Barmat-Affäre erhobenen Vorwürfe einzusetzen. Der Untersuchungsausschuß wird sofort eingesetzt. Er besteht aus 18 Mitgliedern.

Auch im preussischen Landtag hat die deutsch-nationale Fraktion einen entsprechenden Antrag eingebracht, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Landtag wolle einen Untersuchungsausschuß von 35 Mitgliedern einsetzen zur Prüfung der Frage, ob und inwiefern bei Gewährung der Staatsbankkredite an die Antiker-, Barmat- und Michael-Kongerne politische Momente oder unlautere Beeinflussung mitgewirkt und im öffentlichen Leben stehende, besonders auch beamtete Personen sich direkt oder indirekt Vorteile verschafft haben.“

Es ist damit zu rechnen, daß auch dieser Antrag zur Annahme gelangt, so daß dann im Reich und in Preußen parallel laufende Untersuchungen stattfinden würden. Dr. Höfle ist inzwischen in aller Form von seinem Amt als Reichspostminister und des Ministers für die besetzten Gebiete entbunden worden. Seine Amtsgeschäfte nimmt einstweilen der Staatssekretär Sautter wahr. Auch sein parlamentarisches Mandat übt Dr. Höfle einstweilen nicht aus. Das Gleiche gilt von seinem Parteigenossen Lange-Hegemann. Von dem Ergebnis der Untersuchung dürfte es abhängen, ob die beiden Abgeordneten ihre Mandate niederlegen.

Die Nationalsozialisten beabsichtigen, im Reichstag folgenden Antrag einzubringen:

„Der Reichstag wolle beschließen: Der Reichstag klagt auf Grund des Artikels 59 der Reichsverfassung den Reichsminister Dr. Höfle vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich an, daß er durch seine Verwicklung in den Barmat-Skandal schuldhafterweise das Strafgesetz verletzt hat.“

Das Passivum der Barmats.

Von verschiedenen Blättern war der Reichspräsi-

dent insofern in die Barmat-Affäre hineingezogen worden, als behauptet wurde, daß der Reichspräsident die Ausstellung eines Bismarck für einen der Barmats veranlaßt haben sollte. Wie jetzt halbamtlich mitgeteilt wird, hat die Prüfung der Akten des Bureaus des Reichspräsidenten ergeben, daß im Frühjahr 1919 der damals im Bureau auf Privatdienstvertrag beschäftigte Landtagsabgeordnete Franz Krüger ohne Wissen und Willen des Reichspräsidenten eigenmächtig und mißbräuchlich beim Deutschen Generalkonsulat Amsterdam für Angehörige der Familie Barmat ein Passivum beantragt und eine Grenzempfehlung ausgestellt hat.

Der Kredit des Polizeipräsidenten Richter.

Start belastet erscheint auch der Berliner Polizeipräsident Richter sowie sein Privatsekretär Stoelker. Julius Barmat hat dem Polizeipräsidenten bei der Werksbank einen Kredit von 5000 Mark eingeräumt, der bisher nicht zurückgezahlt worden ist.

Der Privatsekretär Stoelker, der früher eine Stellung als Parteifunktionär bekleidete, ist auf Wunsch des Polizeipräsidenten Richter durch die Personalabteilung des Polizeipräsidenten als Angestellter dieser Behörde engagiert worden und bezog sein Gehalt, das dem eines Beamten in Gehaltsklasse 7 entsprach, aus der Staatskasse. Er bezog ein Gehalt von 300 Mark. Daneben war er auch noch im Amexima-Konzern, der Zentrale des Barmat-Konzerns, tätig und bezog hierfür ein Gehalt von 400-500 Mark.

Keine Haftentlassung der Barmats und Antiker.

Wie der „Amtliche Preussische Pressedienst“ mitteilt, hat der Untersuchungsrichter sowohl in der Barmat-Sache als auch in der Antiker-Angelegenheit unter Verwerfung der Haftentlassungsanträge der Angeklagten die Haftbefehle des Ermittlungsrichters bestätigt.

Unzulässige Kredite.

Eine Erklärung des Reichsarbeitsministeriums.

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: „Die Geschäftsführung der Wohnstätten G. m. b. H. hat einen unzulässigen größeren Kredit an ein Erwerbsunternehmen gewährt, dessen Zweck außerhalb des Aufgabengebiets der Gesellschaft liegt. An der Kreditgewährung sind ein aktiver und ein beurlaubter Ministerialbeamter und ein abgebauter Beamter einer Reichsmittelbehörde beteiligt. Die nach Maßgabe des Handelsrechts errichtete Gesellschaft trägt gemeinnützigen Charakter. Die Tätigkeit der Beamten — abgesehen von den abgebauten Beamten der Reichsmittelbehörde — war ehrenamtlich und unentgeltlich; die Genehmigung zu dieser außeramtlichen Betätigung zu versagen, lag also kein Grund vor. Die Geschäftsführung der Gesellschaft untersteht nicht der Aufsicht des Ministeriums. Aus öffentlichen Fonds stammende Mittel, zu denen auch solche des Reichsarbeitsministeriums gehören, sind hypothekarisch gesichert und nicht gefährdet. Die vom Standpunkt der Beamtendisziplin erforderlichen Maßnahmen hat das Reichsarbeitsministerium sofort, nachdem ihm die Vorgänge bekannt geworden waren, getroffen. Mit den in letzter Zeit in der Öffentlichkeit viel erörterten Krediten an bestimmte Kongerne hat die Angelegenheit nichts zu tun.“

Das Reichsarbeitsministerium legt Wert auf die Feststellung, daß ein innerer sachlicher Zusammenhang dieser Untersuchung mit den Vorgängen in der Barmat-Antiker-Angelegenheit in keiner Weise besteht. Diese Kreditgewährung an ein Erwerbsunternehmen sei ganz anders geartet als jene. Bereits in wenigen Tagen dürfte über diese Vorkommnisse völlige Klarheit herbeigeführt sein.

Trendelenburgs Antwort.

Der vertraglose Zustand.

Am 10. Januar, dem Tage des Ablaufs der bisherigen auf dem Versailler Diktat beruhenden handelspolitischen Bestimmungen, hat Staatssekretär Trendelenburg dem französischen Handelsminister Mahnald die deutschen Gegenvorschläge auf das von Frankreich

vorgelegene Handelsprovisorium überreicht. Ueber ihren genauen Inhalt ist noch nichts bekannt, doch ist soviel sicher, daß die Reichsregierung den französischen Vorschlag als gänzlich unannehmbar abgelehnt hat. Demgegenüber hat dem Vernehmen nach Staatssekretär Erdelenburg ein Interim von einigen Tagen vorge schlagen, durch das der vertraglose Zustand überbrückt werden soll.

Pariser Notizen.

Die Pariser Presse hat sich in den letzten Tagen lebhaft mit der durch das Nichtzustandekommen eines Vertrages geschaffenen Lage beschäftigt.

„Intransigeant“ glaubt, daß im Falle der beiderseitigen Ablehnung der Zollfrage wütend sein werde. Deutschland sei mit Rohstoffen reichlich versorgt, stehe zu fast allen Staaten im Verhältnis der Meißbegünstigung und drohe, ein fürchterlicher Gegner zu werden. Ein Baumwollgroßindustrieller aus dem Elsaß spricht sich in dem genannten Blatte wenig hoffnungsvoll aus. Für die nicht mehr sehr zahlreich laufenden Verträge werden die deutschen Käufer den Zoll bezahlen müssen. Die elsaßischen Webereien hätten noch für einige Monate Aufträge. Darüber hinaus sei Arbeitslosigkeit möglich.

„Echo de Paris“ stellt fest, mit dem 10. Januar werde Elsaß-Lothringen sich von einem Lande abgetrennt, mit dem es während der 48-jährigen Annexion innige wirtschaftliche Beziehungen unterhalten habe. Das Blatt gibt unumwunden zu, daß die neue Lage der Dinge dem französischen Wirtschaftsleben schweren Schaden verursachen werde. Eines dürfte man nicht übersehen, daß Deutschland seine wirtschaftliche Handlungsfreiheit als politische Waffe auszunutzen versuchen werde.

Im „Matin“ tritt der Senator Lemery in einem langen Artikel für die Verringerung der Zölle und Verminderung von prohibitiven Schutzzöllen ein. Der Verfasser hofft, auf diese Weise das Zustandekommen eines deutsch-französischen Handelsvertrages erreichen zu können.

Ein Provisorium mit Belgien.

Offiziell wird aus Brüssel gemeldet, daß der Status quo zwischen Deutschland und Belgien provisorisch auch nach dem 10. Januar fortbestehen wird, bis die Wirtschaftsverhandlungen in Berlin zum Abschluß eines deutsch-belgischen Handelsvertrages geführt haben.

Gegen den Kölner Vertragsbruch.

Neue Kundgebungen.

Die Kölner Industrie- und Handelskammer wählte in ihrer ersten diesjährigen Sitzung einstimmig den Geheimen Kommerzienrat Dr. Louis Hagen zu ihrem Präsidenten. Der Neuwahlte ergriff darauf das Wort zu einem Protest gegen die Nichträumung der Kölner Zone. Er führte aus:

Ich bedauere, daß meine erste Amtshandlung darin bestehen muß, einem flammenden Protest Ausdruck zu geben, daß das Gebiet der Kölner Zone zum Sanktionsgebiet unserer früheren Feinde gemacht wird. Für die Gründe zur Nichträumung fehlt zur Stunde jeder Beweis. Die deutsche Regierung hat die in dieser Beziehung gegebenen Versprechungen mit allen Mitteln einzuhalten versucht. Ich stelle fest, daß während der verflochtenen fünf Jahre fast niemals der geringste Konflikt zwischen Besatzung und Bevölkerung entstanden ist. Umso größer ist die Enttäuschung, daß wir in unserem Gebiet weiter die Qualen ertragen müssen, die jede fremde Besatzung mit sich bringt. Wir erwarten, daß die deutsche Reichsregierung dafür eintreten wird, daß mit möglichster Beschleunigung die Befreiung unserer Zone von jeglicher Besatzung erfolgt.

Wie weiter aus Köln berichtet wird, hat der städtische Verfassungsausschuß beschlossen, im Hinblick darauf, daß die Räumung der Stadt Köln von den Besatzungstruppen entgegen den Bestimmungen im Vertrage zum 10. Januar nicht erfolgt, keine städtischen Säle und Wirtschaften zu karnevalistischen Veranstaltungen irgend welcher Art zur Verfügung zu stellen.

Ein Protest aus Essen.

Der geschäftsführende Vorstand des Kreisverbandes des Essener Stadt und Land der Deutschen Volkspartei hat folgenden Beschluß gefaßt: Mit Entrüstung und tiefer Trauer nehmen wir davon Kenntnis, daß die Entente entgegen dem Vertrage von Versailles gewillt ist die Besetzung der nördlichen rheinischen Zone zunächst aufrecht zu erhalten. Wir erwarten, daß jede Reichsregierung, gleichgültig wie sie zusammengesetzt ist, entschieden und kraftvoll die deutschen Interessen wahrnehmen wird.

Eine englische Kritik.

Unter der Überschrift „Mißkehr zu Sanktionen“ kritisiert der bekannte liberale Publizist Robert Gell die Kölner Politik der englischen Regierung auf schärfste. Damit würde letzten Endes die deutsche Revanche heraufbeschworen. Deutschland bedeute heute keine Gefahr für den europäischen Frieden. Wenn man heute Grund zu Beschwern über die Nichtausführung der Entwaffnungsbestimmungen zu haben glaube, so wäre Frankreich dafür verantwortlich. Frankreich habe die Revancheidee in Deutschland, die nur von einem kleinen Teil des deutschen Volkes getragen würde, selbst heraufbeschworen. Dieser Aufsatz kennzeichnet die zunehmende Unzufriedenheit der englischen Opposition gegen die gegenwärtige Regierungspolitik, die sich nicht allein auf die Opposition beschränkt. Auch im konservativen Lager scheint man mit der Politik Chamberlains nicht mehr zufrieden zu sein, obwohl diese Stimmung naturgemäß öffentlich nicht zum Ausdruck kommen kann. Aber es besteht Grund zur Annahme, daß die scharfen Angriffe des „Manchester Guardian“ und der übrigen liberalen Blätter ihren Eindruck nicht verfehlt haben.

Die Rheinländer beim Kanzler.

Der Protest gegen die Nichträumung.

Am 10. Januar, dem Tage, an dem die Räumung der Kölner Zone erfolgen sollte, hat Reichskanzler Marx in der Reichskanzlei die Rheinland-Delegation empfangen, die nach Berlin entsandt worden war, um gegen den Vertragsbruch zu demonstrieren. Als Wortführer hielt Oberbürgermeister Dr. h. c. Adenauer-Köln eine Ansprache, in der er der Enttäuschung der Rheinländer Ausdruck gab, daß die Räumung nicht erfolgt ist. U. a. führte er aus:

„Die Note, die die Besatzungsmächte überreicht haben, ist reichlich unklar und, wenn sie auch nicht aller Hoffnung uns beraubt, so ist sie doch geeignet, uns mit den schwersten Besorgnissen zu erfüllen; sie steht — das möchte ich auch hier nochmals nachdrücklich betonen — nach der ganzen Art und Weise, wie sie sich ausdrückt, in schärfstem Gegensatz zu der Lokalität, mit der das besetzte rheinische Gebiet die vertragsgemäße Besetzung während der vergangenen Jahre getragen hat. In unserer Not, meine Herren, und in unserer großen Besorgnis kommen wir zu Ihnen, um von Ihnen zu hören, was die Reichsregierung zu tun gedenkt, welche Mittel sie hat, um dafür zu sorgen, daß die Stunde unserer Befreiung möglichst bald schlägt.“

Reichskanzler Marx führte in seiner Erwiderung unter anderem aus:

An sich bedeutet der Beschluß der alliierten Regierungen ein Unrecht, das dem ganzen Deutschland angetan wird, das ganz Deutschland als solches empfindet. Aber das besetzte Gebiet, dessen berufene Sprecher Sie sind, wird davon ganz besonders betroffen, materiell wie seelisch. Gewiß hat Ihnen das Londoner Abkommen durch den infolge der Londoner Vereinbarungen hervorgerufenen allgemeinen Geist der Befriedigung Erleichterung gebracht. Um so stärker ist jetzt die Enttäuschung, daß die erwartete Räumung des ersten Besatzungsabschnittes, auf die wir nach unserer festen Überzeugung auf Grund des Vertrages von Versailles einen Rechtsanspruch haben, nicht fristgemäß erfolgen wird.

Die Unhaltbarkeit der Begründung.

Die die alliierten Regierungen ihrem Beschluß gegeben haben, ist in unserer Antwortnote nachgewiesen, so daß ich heute auf sie nicht näher einzugehen brauche. Wir müssen erwarten, daß die nachträgliche Räumung nicht ins Ungeahnte gestellt wird, denn gerade eine solche Ungewißheit ist für die betreffende Bevölkerung in psychologischer Hinsicht ganz besonders drückend und deprimierend. Das gilt in erster Linie für das besetzte Gebiet. Die Reichsregierung hat in ihrer Antwortnote trotz allem nochmals ihren Willen der Bestätigung betont und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Meinungsverschiedenheiten im Wege der Verhandlungen beigelegt werden können. Aber bei allem Verständigungswillen werden wir selbstverständlich niemals vergessen, daß zu den vitalen Interessen Deutschlands die baldige Räumung der ersten Zone und später die fristmäßige Einhaltung der übrigen Räumungstermine in erster Linie gehört.

Ablehnung des Provisoriums vorschlags.

Keine Zollbegünstigung für Frankreich mehr.

Staatssekretär Erdelenburg hat sofort nach seiner Rückkehr nach Paris den französischen Handelsminister Raynaldy und ihm die Stellungnahme der deutschen Regierung zu dem von Frankreich vorgelegenen Handelsprovisorium mitgeteilt. Die persönliche Unterredung dauerte zwei Stunden. Hierauf wurde eine nochmalige Zusammenkunft der beiden Delegationsvorsitzenden für Montag vereinbart, um die vom Vorsitzenden der deutschen Delegation abgegebenen Erklärungen weiter zu prüfen und zu erörtern.

Im Anschluß an die Besprechung im französischen Handelsministerium hatte die deutsche Delegation die Vertreter der deutschen Presse geladen. Aus den vom Staatssekretär Erdelenburg selbst erteilten Aufklärungen ist folgendes zu entnehmen:

Die deutsche Regierung lehnt ein Provisorium ab und legt das Schwergewicht auf die Herbeiführung der Grundlage für einen definitiven Handelsvertrag. Daß diese Grundlage bisher nicht gefunden werden konnte, ist darauf zurückzuführen, daß die Franzosen auf der Basis ihrer Tarifvorlagen abschließen wollen, über die sie keine Verhandlungen zulassen, während die Deutschen über ihren künftigen Zolltarif zu verhandeln bereit sind. Somit trat am 10. Januar um Mitternacht jener Zustand ein, der Frankreich gegenüber Deutschland keine Zollvorteile mehr gewährt. Frankreich verliert also die Begünstigungen des Versailles-Vertrages, es bildet einschließlich Elsaß-Lothringen für Deutschland ein einheitliches Zollgebiet, und alle Waren, die aus diesem Gebiet nach Deutschland eingeführt werden, entrichten die normalen deutschen Zölle, bezw. unterliegen sie etwaigen Einfuhrverboten.

Für Deutschland ändert sich gar nichts, weil

Mausi!

Roman von Annv v. Panhups.

Copyright 1924 by Karl Köhler & Co., Berlin W 15.

26) (Nachdruck verboten.)

Er war ein Egoist geworden in den langen Jahren draußen in fremden Ländern, und Egoist geblieben in seiner Junggeselleneinsamkeit. Erst kam seine Bequemlichkeit, alles andere erst nachher.

Mausi würgte fest an dem wilden trampfigen Schmerz, der sich aus ihrer Brust hochbrängte, aber sie bewahrte leiblich Haltung, sie mußte erst allein sein, ehe sie ihre Tränen frei fließen lassen durfte. Von dem hageren Mann in dem schlotternden abgehackten Schlafrock, mit den tiefen Falten im Gesicht ging a, wie ein kalter Hauch aus, unter dem ihre Tränen erfroren, ehe sie noch den Augen entrinnen konnten.

Martin Frank rief nach der Aufwarterin, sandte sie zum Arzt, rannte dann, um sich umzuziehen. Vor Fremden zeigte er sich nicht gern in seinem Hausgewand.

Mausi lauerte sich neben die Mutter, und versuchte aus dem stillen Anblick zu erschließen, weshalb sich die Liebe so heimlich von ihr fortgestohlen, nun, da sie sich so gut verstanden, und sie ganz allein gelassen. Ganz allein, denn Onkel Martin zählte nicht, dem galt sie wenig. Doch das starre Anblick blieb unverändert und die schmale gerade Stirn unter dem früh ergrauten Haar verriet nicht, welche Gedanken zuletzt dahinter gewohnt hatten.

Die Mutter ist vor Sehnsucht nach dem Vater gestorben, mußte Maria Reinhardt denken, und sie hatte recht. Die Frau, die ihrem Manne das Leben mit tausend Nichtigkeiten erschwert, solange er bei ihr gewesen, starb, als er gestorben, ihm nach. Die alten Geschichten von denen, die an gebrochenem Herzen sterben, sind keine Märchen und wiederholen sich immer von neuem.

Und dann gingen auch diese schweren Tage vorüber. Auf dem kleinen Kirchhof, unfern des alten dichten Stadtwaldes ward Lina Reinhardt zur letzten Ruhe gebettet. Dort lag sie nun und schaute sich fort aus ihrem tiefen Bett, träumte — bis sich vor ihrer befreiten Seele das Tor der Ewigkeit öffnete —, von dem Begonnenen, der ferne schlief, wo die alte Schloßruine auf Heideberg herniederlag und der Nedar floß. Maria Reinhardt dachte, daß aber dieselben Gottessterne über beide Ruhestätten leuchteten, dort wie hier flammten und strahlten dieselben Simelesterne.

Das Leben ging gleichmäßig weiter, Martin Frank schrieb immer noch und Mausi versuchte, ihm eine Haushälterin zu er-

sehen, gab sich Mühe, den Onkel mit ihren wirtschaftlichen Leistungen zufriedenzustellen. Aber das höchste, was er ihr dafür gab, war ein mattes, schnell wieder verschwindendes Lächeln. Er war nun Mausi's Vormund, doch kümmerte er sich herzlich wenig um sie. Was sie tat und dachte, womit sie ihre Zeit brachte, schien ihm völlig gleichgültig. Ob sich das junge Geschöpf vielleicht nach Altersgenossinnen sehnte oder nach einem bescheidenen Vergnügen, darüber sann er nicht nach, auch fragte er niemals, ob Mausi vielleicht einen Wunsch hätte. Und von selbst sprach sie nie einen Wunsch aus. Doch sann sie häufiger, immer häufiger, ob nun ihr Leben so bleiben mußte, so stumpf, so einseitig, so voll graudunigen Nebels verhangen.

Dreimal hatte der Schmerz an ihr Herz geklopft, drei Gräber lagen an ihrem Wege, darunter ruhten Vater und Mutter und Franz Ferdinand. Auch er war ihr gestorben, ja, er sollte es sein, dann konnte sie besser, reiner an ihn denken.

Marianne Dieters Briefe waren die einzigen Lichtblicke in Maria Reinhardts jetzt so traurigem Leben, und die alte Schauspielerin schrieb häufig, tröstete, ermunterte und eines Tages im Frühling schrieb sie, daß sie in Berlin zu tun habe, und, falls ihr Besuch angenehm wäre, bei der Gelegenheit auch für ein paar Tage nach Eberswalde kommen würde. Sie wohne dann im Hotel.

Das war die erste Freude für Maria Reinhardt seit langem. Sie fragte schüchtern den Onkel, ob sie den Besuch empfangen dürfe in seinem Hause. Er brummte: „Eine alte Schauspielerin? Im allgemeinen habe ich nicht viel für Theater übrig, aber mich will ja die Dame nicht besuchen. Im übrigen mach was du willst, nur störe mich nicht mit der alten Schachtel. Kannst, wenn sie Lust hat und es dir Freude macht, die alte Frau ruhig ein paar Tage hier lassen, was braucht sie im Hotel wohnen. Das Schlafzimmer deiner Mutter ist ja frei.“

Mausis Augen leuchteten auf, und sie fand ein paar warme herzliche Dankesworte.

Martin Frank wehrte fast heftig ab.

„Schon gut, Mausi, die Hauptsache ist: Verschone mich, wie gesagt, nach Möglichkeit, mit der alten Schachtel.“

Und dann kam Marianne Dieter. Sie trug ein schlichtes, aber tadelloses blaues Jadenkleid, hatte darin eine mädchenhafte Figur und ihr glänzendes weißes Haar drängte sich in lockerten Locken unter dem wie eine kleine Glode geformten blauen Seidenhut hervor.

Martin Frank stand zufällig am Fenster, als Mausi mit ihrem Besuch den Kanal entlang kam, und er trat etwas hinter die Gardine zurück und musterte, einer plötzlichen Aufwallung von Neugier folgend, die Fremde.

Sonderbar, daß diese vornehm aussehende schlank

eine alte Schauspielerin war, die noch, wie er von der Nichte wußte, bis vor wenigen Jahren aufgetreten war. Von einer alten Schauspielerin hatte er sich ein völlig anderes Bild gemacht. Mit dunkelrot gefärbter mächtiger Vodenperrücke hatte er sie sich gedacht und in bunten auffallenden Kleidern, schmuddelüberladen. Er schüttelte den Kopf. Riefig vornehm sah diese hier aus, wie eine alte Marquise aus der französischen Revolution in moderner Kleidung, wie eine von denen, die auf dem Schaffot noch Haltung bewahrt hatten.

Er trat zurück und ging in sein Schlafzimmer. Besser war es auf jeden Fall, er zog den schwarzen Rod an. Schließlich brachte ihm Mausi doch die Dame angeschleppt, um ihn vorzustellen.

Er band seine Krawatte heute mit besonderer Sorgfalt und bürstete den Scheitel seines Haars heute so glatt wie seit Jahren nicht mehr. Damen, die so auslachen, wie diese Frau Dieter, hatten einen scharfen Blick für Unschlichkeiten.

Aber Mausi war der Mahnung des Onkels, ihn nach Möglichkeit mit der alten Schachtel zu verdonnern, eingedenk und wartete mit dem Vorstellen bis zum Abendessen. In dem breiten Erdgeschloßzimmer nach vorn, das neben der Arbeitsstube des Hausherrn lag, wurden die Hauptmahlzeiten eingenommen, falls es Martin Frank nicht vorzog, sich das Essen in die Arbeitsstube bringen zu lassen, was er öfters tat.

Heute als man zusammentrat, Mausi hatte mit Hilfe der Aufwarterin alles besonders nett geordnet, und das Zimmer hatte dadurch einen beinahe festlichen Anstrich erhalten. Mausi war recht froh gestimmt durch den Besuch, ein Stückchen Heimat war ja mit Marianne Dieter im Hause zu Gast. Sie konnte sich endlich wieder einmal ausdrücken.

Mausi betrachtete mit heimlichem Staunen den Onkel, als er ins Eßzimmer trat. So hatte sie ihn noch nicht gesehen, so gerade aufgerichtet, mit so glatt geschneidertem Haar, so tadellos sauberem Rod. Und sie hatte Marianne Dieter schon auf das wenig gepflegte Neuhäuser des Onkels vorbereitet. Das hätte sie wirklich nicht tun brauchen.

Aber sie fand noch mehr Grund, sich zu wundern. Zunächst über die tadellose Verbeugung, die der Onkel ihrem Besuch machte und dann über sein zuvorkommendes Benehmen. Versprach er doch Marianne Dieter sogar, ihr von seinen großen Reisen zu erzählen, nachdem sie erklärt, sie interessiere sich sehr dafür und sein Buch „Arwalbmenschen“ habe sie mit regster Aufmerksamkeit vor ein paar Jahren gelesen.

Maria Reinhardt ward nicht aus ihrer alten Freundin klug, das Buch „Arwalbmenschen“ hatte sie kurz zuvor gegen sie erwähnt, und niemals hatte es Frau Dieter gelesen.

(Fortsetzung folgt.)

Deutschland sich bereits während der ganzen vorhergehenden fünf Jahre in einem rechtlosen Zustand befand. Wie die dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann nahestehende „Zeit“ mitteilt, beabsichtigt die deutsche Regierung nicht, die bisher bestehenden Zollbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich plötzlich so umzuändern, daß nunmehr seitens Deutschlands Hochschutzzölle angewendet würden, die Frankreich, Elsass-Lothringen und das Saargebiet schwer beunruhigen würden, sondern man will entgegenkommender Weise das Zollregime auf dem bisherigen Zustand belassen, bis es möglich ist, einen Handelsvertrag zum Abluß zu bringen.

Handelsprovisorium mit Italien.

Die deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen haben zu einem ersten Ergebnis geführt. Es wurde ein vorläufiges Abkommen über die Regelung des Handelsverkehrs vereinbart, das prinzipiell die gegenseitige Meistbegünstigung vorsieht. Einige Warengruppen sind von der Meistbegünstigung ausgenommen. Als Endtermin des Provisoriums wurde der 21. März festgesetzt.

Einigung auch mit Amerika.

Die amerikanische Regierung hat mit der deutschen Botschaft in Washington vereinbart, daß die provisorische Meistbegünstigungsverhandlung bis zum 4. März verlängert wird. An diesem Tage endigt die Session des Kongresses. Es besteht die Hoffnung, daß das amerikanische Parlament den Handelsvertrag mit Deutschland bis dahin ratifizieren wird.

Politische Mundschau.

Deutsches Reich.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Heilmann hat auf Veranlassung des Parteivorstandes sein Amt als Leiter des sozialdemokratischen Pressedienstes niederlegen müssen, da er in die Barmatangelegenheit verwickelt ist. Heilmann war vor dem Kriege Redakteur der Chemnitzer „Volkstimme“.

Im Büro Barmat in Amsterdam wurde eine Photographie Eberts vorgefunden, auf welche Barmat selbst geschrieben hat: „Mein Freund Ebert. Barmat.“

Der Verkauf des Hanauer Lagers ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden, da es ohne vorherige Sortierung nicht verkauft werden kann. Der Wert des Lagers beträgt höchstens 5-600.000 Mark. Kutischer hat viele Millionen Kredit darauf bekommen.

Die politischen Parteien in Köln hatten für Sonntag Protestversammlungen gegen die Verzögerung der Räumung einberufen. Die Versammlungen wurden aber von der Besatzungsbehörde verboten.

Der neu gewählte Münchener Stadtrat hat in seiner ersten Sitzung beschlossen, daß die Bismarckbüste und die Fürstenbilder unverzüglich wieder an ihren alten Stellen in den Sitzungssälen und Amtsräumen aufgestellt oder aufgehängt werden sollen.

Ein Antrag Frankreichs zu dem Kontrollbericht verlangt die Verlängerung der Militärkontrolle zunächst um drei Monate.

Reichspräsident Ebert hat das Angebot der Frankfurter Stadtverwaltung und der Stadtverordneten, während längerer Zeit im alten Bundespalast zu residieren, angenommen und wird deshalb demnächst Oberbürgermeister Dr. Landmann empfangen.

Staatssekretär Dr. Sauter ist mit der Führung des Postministeriums beauftragt worden.

Dr. Luther, den der Reichspräsident nach dem endgültigen Scheitern der Versuche des bisherigen Reichskanzlers Marx zu sich beschieden hatte, hat im Laufe des Sonnabends mit den Parteien Fühlung genommen, um zunächst festzustellen, ob für ihn die Möglichkeit zu einer Kabinettbildung gegeben ist.

Dr. Jarres verabschiedet sich vom Reichsrat. In der letzten Sitzung des Reichsrats führte Dr. Jarres zum letzten Mal den Vorsitz. Ministerialdirektor Dr. Nobis hob in einer Ansprache die allgemeine Wertschätzung hervor, die Dr. Jarres während seiner Tätigkeit als Minister genossen hat. Er wünschte ihm mit warmen Worten Erfolg zur Wiederaufnahme seiner früheren Tätigkeit als Oberbürgermeister von Duisburg und sprach die Hoffnung aus, daß es ihm vergönnt sein möge, recht bald die Befreiung von Rhein und Ruhr zu feiern. Dr. Jarres drückte in seiner Entgegnung die Befriedigung aus, die er in der Sachlichkeit der Arbeitsweise des Reichsrats gefunden habe. Er sei überzeugt, daß es gelingen werde, die Meinungsverschiedenheiten über die Verfassung beizulegen und Änderungen im Sinne einer gerechten Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern durchzuführen.

Italien.

Nach einer Unterredung, die Mussolini mit einigen faschistischen Abgeordneten gehabt hat, scheinen die Wahlen auch schon aus wahltechnischen Gründen nicht vor November stattzufinden. Mussolini erklärte, daß die jetzige Kammer noch längere Zeit und mit wichtigen Gesetzesvorlagen beschäftigt sein werde. Es dürfte also mit einer Auflösung der Kammer unmittelbar nach Annahme der Wahlrechtsvorlage nicht zu rechnen sein.

Frankreich.

Das Kriegsgericht in Reims hat am Freitag acht deutsche Hauptleute und Leutnants, ferner elf Soldaten gemeinen Grades wegen Kriegsverbrechens zu Gefängnisstrafen von ein bis sechs Jahren verurteilt.

Das Kriegsgericht der Provinzen Lüttich und Luxemburg verurteilte den deutschen Generalmajor von der Esch wegen angeblicher in Arlon begangener Kriegsverbrechen in Abwesenheit zum Tode.

Auf der Pariser Finanzkonferenz sind ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen den französischen, britischen und belgischen Ministern aufgetaucht, für die eine Einigung noch nicht in Sicht ist.

Amerika.

Der Marineauschuß des amerikanischen Kongresses hat beschlossen, von umfangreichen und kostspieligen Flottenplänen abzusehen, obwohl Staatssekretär Wilbur die verhältnismäßige Schwäche der amerikanischen Marine zugab.

Aus dem Muldentale.

Waldenburg, 12. Januar 1925.

Zur Goldenen Hochzeit wurde dem Gustav Bogel'schen Ehepaar am Sonnabend durch die Freiwillige Feuerwehr, der Herr Bogel lange Jahre als 2. Spritzenzugführer angehörte, eine ganz besondere Ueberraschung zu teil. Die Wehr brachte dem Jubelpaar einen Fackelzug dar. Seitens des Kommandos wurden herzliche Wünsche unter Ueberreichung eines namhaften Geschenkes ausgebracht. Von allen Seiten, namentlich auch von der hiesigen Gewerkschule, der Herr Bogel lange Jahre als praktischer Lehrer angehörte, wurden dem Jubelpaar, das gestern Sonntag die kirchliche Einsegnung entgegennahm, gute Wünsche zu teil, die auch hier das Heimatblatt im Namen der Allgemeinheit zum Ausdruck bringt.

Der Dramatische Verein hielt am Sonnabend im Schützenhaus sein Weihnachtsvergnügen ab. Neben Konzertvorträgen der Stadtkapelle gelangte das Schauspiel „Eine Neujahrsnacht“ zur Aufführung. Nach langjähriger Pause hatten sich in dankenswerter Weise die Herren Hermann Kleindienst und Wilhelm Orgs durch Uebernahme der Hauptrollen in den Dienst der Sache gestellt. Die Darstellung war demgemäß auch vollendet, was am besten der stürmische Beifall der zahlreichen Anwesenden bewies. Eine Geschenkerlosung und flotter Wall hielten die Besucher noch lange in froher Stimmung zusammen.

Über die Bodelschwings'schen Anstalten in Bethel wurde gestern Sonntag Nachmittag und Abend in der Turnhalle ein Filmvortrag gehalten, der die zahlreichen Zuschauer mit der wertvollen Fürsorge- und Erziehungsarbeit, die in diesen Liebesanstalten geleistet wird, bekannt machte. Mit Gesang und Begrüßung wurde die Feier begonnen. Aus dem Leben eines Fallstüchtigen entrollt sich dann ein Bild, das einen Jungen zeigt, der zu Haus krank und verlassen von den Kindern gemieden wird und in den Anstalten aufblüht. Ein weiteres Bild zeigte die Kolonie Wilhelmshof, in der „Brüder von der Landstraße“ in ein geordnetes Leben zurückgeführt werden. Ein dritter Film zeigte Bilder aus der Fürsorgeerziehung „Einen Tag im Wietingsmoor“, wo junge Leute von 14 bis 21 Jahren bei der Torfgewinnung und Urbarmachung des Moores tätig sind. Ein vierter Film führte die Liebesarbeit der Schwestern des Diakonissenhauses Sarepta vor Augen und im fünften Bild kam der Lebensgang eines Nazareth-Diakonen zur anschaulichen Darstellung. Von Gefängen umrahmt wurde die Vorführung mit Schlußwort und Schlußgefang beendet. Von der unendlichen Liebe und Barmherzigkeit, die aus dem aus kleinste Anfängen entstandenen Werke Vater Bodelschwings's ausstrahlt, waren die bildlichen Darbietungen ein bereites Zeugnis.

Die Niederschlagsmenge betrug im ersten Drittel des Monats Januar nach den auf hiesiger Wetterwarte vorgenommenen Messungen 7,5 mm.

Eine Feuerlöschprobe mit dem bewährten Handfeuerlöschapparat „Radikal“ findet morgen Dienstag Nachmittag 3 Uhr auf dem Schützenanger statt. Von der Vorzüglichkeit des Apparates wird man sich dort überzeugen können.

Fristverlängerung für die Anträge auf Anrechnung von Hypothekenzinsen auf die Aufwertungssteuer. Die auf Grund der dritten Steuerverordnung im Kalenderjahr 1925 für aufgewertete Hypotheken zu zahlenden Jahreszinsen (2 vom Hundert der aufgewerteten Hypothek) sind nach § 16 Abs. 2 der W. des Finanzministeriums vom 7. Mai 1924 auf die monatlich zu entrichtenden Aufwertungssteuerbeträge gleichmäßig zu verteilen. Auf Grund von § 22 des Gesetzes vom 1. Juli 1924 könnte diese Zinsverpflichtung für den Monat Januar nicht berücksichtigt werden, falls der Antrag nicht bis zum 5. Januar 1925 gestellt worden ist. Zur Vermeidung von Härten genehmigt das Finanzministerium, daß Anträgen auf Anrechnung der auf Januar entfallenden Zinsbeträge auf die für Januar zu entrichtende Aufwertungssteuer auch dann noch stattgegeben wird, wenn der Antrag bis zum 31. Januar 1925 gestellt worden ist.

Grundsteuer. Der 4. Termin des Rechnungsjahres 1924 ist am 15. d. fällig. Schriftliche Zahlungsaufforderungen ergehen nicht. Die Steuer wird für Hausgrundstücke in derselben Höhe wie beim letzten Termin, für roggengrundsteuerpflichtige Grundstücke in Höhe von $\frac{1}{2}$ des letzten Termins erhoben. Bei verspäteter Zahlung werden Verzugszuschläge in Ansatz gebracht.

Eine Bezirksauschussitzung fand am 9. Januar in Glauchau statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach der Amtshauptmann den Ausschussmitgliedern zum Jahreswechsel die besten Wünsche aus, die Bürgermeister Brahtel-Richtenstein-C. im Namen der Ausschussmitglieder des Bezirks aufs herzlichste erwiderte. Zur Deckung des Fehlbetrags im Haushaltplan macht sich für Januar 1925 eine Bezirksumlage in Höhe von 42.000 Mark erforderlich. Das 50jährige Bestehen des Bezirksverbandes soll in würdiger Weise durch einen Festakt im Stadttheater

begangen werden. Zu den Eingemeindungsverträgen des Gutsbezirks Remse-Breitenbach mit der Gemeinde Pfaffroda und Gutsbezirk Callenberg mit der Gemeinde Oberwinkel wurde die Genehmigung verweigert, während die Entschließung über die Eingemeindung der Gutsbezirke Waldenburg und Lichtenstein noch ausgesetzt wurde. Über die Ausgleichsforderungen für die Eingemeindung des Gutsbezirkes Oberwiera nach Oberwiera soll nach entsprechender Prüfung in nächster Sitzung beschlossen werden. Ein Protest bezw. Besuch von zwei Ortskartellen des D. V. B. wegen zu niedriger Einstufung mehrerer Gemeinden in das Ortsklassenverzeichnis wurden unter Berufung an die zuständigen Stellen weitergegeben. Es soll dabei darauf hingewiesen werden, daß die übrigen Gemeinden des Bezirks allgemein zu niedrig eingestuft sind. Für die aus Staatsmitteln an durch Hochwasser in Not geratene Landwirte gewährten Darlehen wird Bürgerschaft übernommen. Vorgelesen wurden die neuen Reichsbestimmungen über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge sowie das Ergebnis der durch einen Beamten des Finanzministeriums erfolgten Besichtigung der Gemeindegasse des Bezirks. Kenntnis nahm man von dem Sachstand über die Vereinigung der Gemeinde Gersau mit Glauchau und dem Sachstand über die Auseinandersetzung mit Arbeits- und Wohlfahrtsministerium wegen der feinerzeit gegebenen Vorschläge. Sodann wurden noch erledigt 20 kleinere Angelegenheiten (Sachungen, Schanksachen, Handel mit Branntwein, Einspruch gegen die Vergütungssteuer, Regelung gegen die Kadaverbeisetzungs- usw.), sowie 2 Personensachen.

Schwaben. Die Freiwillige Feuerwehr Waldenburg veranstaltete gestern Sonntag im hiesigen Gasthof eine Wiederholung des Lustspiels „Der verwunschene Prinz“. Die drastische Handlung verfehlte auch hier nicht ihre Wirkung, die durch das gute Zusammenspiel der Darsteller herausgearbeitet wurde. Die guten Konzertdarbietungen der Stadtkapelle seien besonders erwähnt. Die zahlreichen Besucher spendeten lebhaften Beifall.

Wildenfels. Am 4. Januar fand die Vermählung des Grafen Friedrich Magnus zu Solms-Wildenfels mit der Prinzessin Marie Antoinette zu Schwarzburg statt. Dieses Ereignis zeigte, daß die Bürgerschaft des kleinen Erzgebirgsstädtchens, die seit länger als drei Jahrhunderten aus engler mit dem Grafengeschlechte im alten Wildenfels Schlosse verbunden ist, ihm heute noch die gleiche Anhänglichkeit beweist. Am 2. d. fand in der reichgeschmückten Stadt der feierliche Empfang der Braut im Beisein der Ortsvereine statt. Nach der standesamtlichen Eheschließung am 4. d. durch den Bürgermeister Hauffe wurde am Nachmittage in der Kirche der Stadt die Trauung durch Pfarrer Auerswald-Thurm vollzogen. Am 5. d. gab der Graf den Wildenfels Vereinen in den Sälen der Stadt ein Fest.

Aus dem Sachsenlande.

Leipzig. Fünf schwere Autounfälle an einem Tage sind hier vorgekommen. In der Tauchaer Straße fuhr Nachts eine Kraftdroschke in das Schaufenster eines Konfektionsgeschäfts und blieb dort schwerbeschädigt stehen. Am Kopfplatz wurde eine 52jährige Arbeitersehefrau von einer Kraftdroschke überfahren und so schwer verletzt, daß sie auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb. An der gleichen Stelle wurde ein 14jähriger Arbeiter überfahren, der einen Schädel- und mehrere Rippenbrüche davontrug. In der Universitätsstraße ereilte das Schicksal eine 30jährige Frau, die Verletzungen am Kopf und an den Armen erlitt, und in der Frankfurter Straße wurde ein Schuhmachermeister überfahren, der gleichfalls schwer verletzt wurde.

Meerane. Ein völlig unerwartetes Ergebnis hatten die in der Donnerstag-Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums vorgenommenen Neuwahlen des Präsidiums, wobei es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Mitgliedern kam. Der bisherige vollständige sozialdemokratische Vorstand wurde durch einen rein bürgerlichen ersetzt und zwar mit Hilfe der kommunistischen Versammlungsmitglieder, welche sich in den entscheidenden Wahlgängen der Stimmenabgabe enthielten. An Stelle des bisherigen 1. Vorsitzenden, Krankenkassen-Geschäftsführers Koch, der dies Amt 6 Jahre bekleidet hatte, wurde Lehrer Schreier, zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden Fabrikant Posern und 2. stellvertretenden Vorsitzenden Malermeister Wolf gewählt, auch die beiden bisher von der linken Seite gestellten Schriftführer wurden durch solche von rechts ersetzt.

Pegau. In den Abendstunden des Mittwoch überfuhr der von Pegau nach Borna bei Leipzig verkehrende Personenzug an dem nicht mit Schranke versehenen Übergang beim Eisenbahnhaltepunkt Pegau das Geschirr des Fuhrwerksbesitzers Paul Lipper aus Oderwitz. Lipper und sein Begleiter namens Gehmisch aus Litzwitz, sowie die beiden Pferde wurden getötet und der Wagen zertrümmert. Die Ursache des Unfalles hat sich noch nicht feststellen lassen.

Denkwitz bei Bauhen. Bei einem großen Brande im hiesigen Orte waren die Feuerwehren aus weitem Umkreise zum Löschen herbeigezogen. Mit einer Wehr aber schien es eine eigentümliche Bewandnis zu haben, denn einige Frauen von Feuerwehrmännern aus Großdöbbschütz richteten, wie das „Bauhener Tageblatt“ mitteilt, an den Brandmeister von Ebenbüffel bei Denkwitz folgende schriftliche Anfrage: „Geehrter Herr Brandmeister von Ebenbüffel! Können Sie uns Auskunft geben, wo unsere Wehr aus Großdöbbschütz beim Brande in Denkwitz ge-

blieben ist? Unsere Feuerwehr ist Sonnabend Abends um 4,45 Uhr hier mit Spritze abgerückt und ist doch laut Bericht vom 5. Januar in Denkwitz nicht anwesend gewesen. Die Männer sind aber erst Sonntag früh um 2 Uhr heimgekehrt. Mehrere Frauen der Wehr. Die Großbüschliger Feuerwehrmänner scheinen nach dieser Anfrage auf dem Gebiete des Böschens sehr vielseitig zu sein und ihre Frauen scheinen schon öfters so ganz bestimmte Erfahrungen gemacht zu haben.

— Zittau. Ein furchtbares Unglück, dem zwei blühende Menschenleben zum Opfer fielen, hat sich in der Nacht zum 7. d. in der Fabrik der Adler-Blasindustrie in der Gabler Straße in Zittau ereignet. Der 19 Jahre alte Sohn des Mitinhabers, Franz Kumlter, hat mit seinem Freunde, dem 20 Jahre alten Bürovorsteher Erich Schulze, der ihn in der Fabrik besuchte, Schwefelkohlenstoffgas umgefüllt und die Arbeiten für den nächsten Tag vorbereitet. In dem Raume sind dann Nachts in der ersten Stunde von dem Vater Kumlters die beiden jungen Leute tot nebeneinander liegend aufgefunden worden. Der sofort hinzugezogene Arzt stellte als Todesursache Vergiftung durch Schwefelkohlenstoffgas und Erstickung infolge Verbrennung der Lunge fest. Die sofort eingeleitete Untersuchung dürfte bald Aufklärung über den schweren Unfall bringen. Kumlter war der einzige Sohn des Mitinhabers Serafin Kumlter. Schulze war der Sohn und die Stiege der Kriegersonne Schulze.

Steuervorauszahlungen.

Schonfrist bis zum 17. Januar.

Für eine Anzahl Steuerpflichtiger waren am 10. Januar die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer fällig, aber auch diesmal gilt die übliche Schonfrist bis zum 17. Januar.

Vorauszahlungspflichtig sind:

- alle Gewerbetreibenden, und zwar
 - die Monatszahler für die Betriebseinnahmen im Monat Dezember 1924,
 - die Vierteljahrszahler für die Betriebseinnahmen in den Monaten Oktober, November und Dezember 1924;
- Personen, die in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1924 Einkommen bezogen haben
 - aus Vermietung und Verpachtung,
 - aus freiem Beruf und anderer selbständiger Arbeit,
 - aus sonstigen Einnahmen;
- Sohnsteuerpflichtige, wenn sie in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1924 nur Arbeitslohn von mehr als 2200 Rentenmark oder Arbeitslohn

und Einkünfte der unter 2 bezeichneten Art von zusammen mehr als 2000 Rentenmark bezogen haben. Die Ziffern 1 und 2 gelten auch für Körperschaftssteuerpflichtige.

Für die Vorauszahlungen gelten die Vorschriften der Zweiten Steuernotverordnung und der dazu erlassenen Durchführungsbestimmungen. Durch die Zweite Verordnung des Reichspräsidenten über wirtschaftlich notwendige Steuerminderungen vom 10. November 1924 sind die nach dem Umsatz oder dem Vermögen bemessenen Einkommensteuervorauszahlungen der Gewerbetreibenden erstmalig für den Monat Dezember um ein Viertel ermäßigt worden; bei Gewerbetreibenden, die ihre Vorauszahlungen nicht monatlich, sondern vierteljährlich leisten, ist die Vorauszahlung für das vierte Kalendervierteljahr 1924 um ein Drittel von einem Viertel also um ein Zwölftel, ermäßigt worden.

Telegramme.

Berlin, 12. Januar. Die Zentrumsfraktion des Reichstags fasste gestern Abend folgenden einstimmigen Beschluss: „Die dem Vertreter der Zentrumsfraktion am 11. Januar in den Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister Dr. Luther übermittelten Erklärungen ermöglichen es der Zentrumsfraktion nicht, sich an dem vorgesehenen Kabinett zu beteiligen.“

Berlin, 12. Januar. Das Rathaus hatte am Sonnabend aus Anlaß der Nichträumung von Köln halbmaskenfest.

— Berlin, 11. Januar. Die Reichsregierung hat dem Reichsrat den Entwurf eines Allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches zugehen lassen.

Berlin, 11. Januar. Die Sondierungen des Reichsfinanzministers Dr. Luther bei den Parteien haben bisher zu keinem positiven Ergebnis geführt. Das Zentrum, auf dessen Entscheidung es in erster Linie ankommt, ist sich in seiner gestrigen Fraktionsberatung noch nicht endgültig schlüssig geworden. Wie es scheint, wird das Zentrum den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns als Finanzminister in der Regierung belassen, im übrigen aber eine abwartende Haltung einnehmen. Gestern Abend empfing Minister Luther den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Hermann Müller. Luther brachte in dieser Unterredung zum Ausdruck, daß es nicht seine Absicht sei, ein Kampfkabinett gegen die Linke zu bilden. Hermann Müller ließ Luther aber keinen Zweifel daran, daß die Sozialdemokratie gegen ein offenes und auch gegen ein verschleiertes Kabinett der Rechten in die schärfste Opposition treten werde und einem so gearteten Kabinett niemals ihr Vertrauen aussprechen könne.

Berlin, 12. Januar. In Verbindung mit dem deutschen Frauenausschuß zur Bekämpfung der Schuldlüge und den im Westauschuß zusammengeschlossenen landsmännlichen Verbänden veranstaltete der Arbeitsauschuß deutscher Verbände gestern Sonntag Nachmittag in der neuen Aula der Universität eine Kundgebung gegen die weitere Besetzung der Kölner Zone.

Köln, 12. Januar. Zu machtvollen Kundgebungen gestalteten sich die Versammlungen, zu denen die politischen Parteien ihre Anhänger für Sonntag Vormittag zum Einspruch gegen die Verlängerung der Besetzung der Kölner Zone aufgefordert hatten.

Wien, 12. Januar. Der Generaldirektor einer der größten Brotfabriken Wiens, namens Fries, wurde unter dem Verdacht des Brotwuchers verhaftet.

Paris, 12. Januar. Havas berichtet, daß die alliierten Finanzminister sich grundsätzlich über die verschiedenen Probleme, die die Finanzkonferenz zu lösen hat, geeinigt haben. Die Besatzungskosten sollen in Zukunft nur 100 Millionen Goldmark betragen. Die amerikanische Forderung, an der Verteilung des Ertrages aus dem Dawesplan teilzunehmen, wurde von den alliierten Finanzministern angenommen.

Paris, 11. Januar. An der gestrigen Börse wurde die Reichsmark zum erstenmal offiziell notiert. Für 100 Mark wurden bei Eröffnung der Börse 444,50 und bei Börsenschluß 444,75 geboten.

Rom, 12. Januar. Zwischen der italienischen und deutschen Regierung ist eine vollkommene Verständigung über eine provisorische Regelung des Warenaustausches der beiden Länder erzielt worden.

Washington, 11. Januar. Amtlich wird mitgeteilt: Staatssekretär Hughes werde am 4. März zurücktreten. Der jetzige amerikanische Botschafter in London, Kellogg, wird an seine Stelle treten.

Leipziger Produktenbörse vom 10. Jan. (Die Preise gelten für 1000 Kilo in Goldmark (4,20 Goldmark gleich 1 Dollar des Goldanleihe) für Ware, prompt, Partiat, franco Leipzig). Weizen inländisch, 230—240. Roggen, inländ. 232—242. Gerste, Sommergerste, inländ. 270—300. Wintergerste 220—250. Hafer, inländ. alter 170—200 und neuer 000—000. Mais amerik. runderbän. 225 bis 240. Raps 360—390. Erbsen 280—312.

Witterungsbericht.

Waldenburg, 12. Januar. Mittags 12 Uhr + 4 Grad C. morgens 8 Uhr + 2 Grad C., tiefste Nachttemperatur + 1,5 Grad C. Feuchtigkeitsgehalt der Luft 80 Prozent. Barometerstand 771 mm. Windrichtung West. Niederschlagsmenge in den letzten 48 Stunden 0, mm. Witterungsaussicht: Zeitweise dunstig bedeckt.



Rahma buttergleich

MARGARINE

Preis pro 1/2 Pfund nur 50 Pfg. Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis.

Im Verlag der Buchdruckerei E. Kästner ist erschienen:

Schönburgischer Hauskalender 1925.

Als gerngesehener weitverbreiteter Familienfreund liegt er in altgewohnter Stärke mit reichem Inhalt vor. Zwei Abbildungen: Palais Schönburg in Wien und das ehemalige Postgut in Hohenstein-Ernstthal sind beigegeben. Daneben ist das vollständige Märkteverzeichnis Sachsens und angrenzender Gebiete enthalten.

Preis 30 Pfg. Buchhändler erhalten hohen Rabatt.

Statt Karten.

Für die uns anlässlich unserer Verlobung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir, zugleich im Namen unserer Eltern, Allen hierdurch unseren herzlichsten Dank.

Liesbeth Viertel
Georg Stetter

Altstadt Waldenburg. Erkheim (Bayern).

Gebübe

Standardarbeiterinnen und Aufstoßerinnen

werden bei sehr gutem Lohn und freier Bahnfahrt gesucht.

F. Willy Böttger, Limbad Sa., Bernhardtstr. 7.

1 Hahn, 2 Hühner, rebhf. Italiener gute Leger, verkauft **Heinz Franke, Altstadt B.** Zwei schöne Ragen gibt ab d. D.

Wasserbrezeln

empfehlen **Gustav Gänsehäts,** Bäckermeister, Obergasse 44.

Suche 1000—12000 M.

als 1. Hypothek auf Hausgrundstück m. H. Garten. Gefl. Offerten unt. **Hausgrundstück 204** an die Exp. d. Bl. erbeten.

Metallbetten,

Stahlmattagen, Kinderbetten dir. an Priv., Katalog 19 R frei. Eisenmöbelfabrik **Suhl (Thür.).**

Blumenkohl

Mk. —.30 bis 1.—

Rotkraut

a Pfund Mk. —.15

Weisskraut

a Pfund Mk. —.10

Sellerie, Porré Meerrettich

Tafeläpfel

1a Qualität, a Pfund Mk. —.25

Wirtschafts-Aepfel

a Pfund Mk. —.15 empfiehlt

G. Klipp, Gartenbaubetrieb, Stadtgeschäft am Markt.

Stempelfissen

in verschiedenen Größen von 75 Pfg. bis 1.50 Mk. vorrätig. Buchdruckerei **E. Kästner.**

Sämereien

für Garten- u. Landwirtschaft in hochkeimfähiger Saat empfiehlt zur bevorstehenden Saison

G. Klipp, Gartenbaubetrieb, Schloß Waldenburg, Fernsprecher Nr. 50.

NB. Die von mir geführten Sämereien von Gebr. Dippe unterstehen der Kontrolle der landwirtschaftlichen Versuchstation in Halle und sind nicht zu vergleichen mit den von Laien im Hausierhandel angebotenen sogen. Erfurter Sämereien.

Milchvieh-Verkauf.



Bon Sonntag, den 11. Januar an Stelle ich einen großen Transport **pa. Milch- und Rassekühe,** sowie Kalben von den besten ostpreussischen Herdbüchtern zu möglichst billigen Preisen bei strengster Bedienung zum Verkauf.

Hochachtungsvoll **Julius Kiesow,** Hohenstein-Gr., Telefon 174.

Druckfachen liefert sauber und preiswert **Buchdruckerei E. Kästner.**

Dienstag, den 13. Januar Nachm. 3 Uhr findet auf dem Schützenanger eine

Löschprobe

mit dem bewährten **Handfeuerlöcher**

Radikal

statt, wozu Interessenten hiermit freundlichst eingeladen werden. **Radikal-Werk Stuttgart.**

Täglich frische Wasserbrezeln sowie Schaum- und Butterbrezeln

empfehlen

Arno Müller, Bäckerei, Obergasse 33.

Männergesang-Verein Göpferdorf.

Donnerstag, den 15. Januar

Stiftungsfest

mit Konzert und Ball im Gasthof zu Garbisdorf, wozu die werten Mitglieder nebst Angehörige sowie durch Karten geladene Gäste freundlichst einladet

Anfang 6 Uhr. der Vorstand.

Ohne Karte kein Zutritt.

Eine tüchtige Aufstoßerin,

die Mädchen anlernen kann, als **Direktrice für Socken-Fabrikation** bei sehr hohem Lohn gesucht.

Aufstoßerinnen, welche glauben, diesen Anforderungen gewachsen zu sein, wollen schriftliche Bewerbungen einreichen bei

F. Willy Böttger, Limbad Sa., Bernhardtstraße 7.